

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

"Der Osten ist doch kein Notstandsgebiet, in dem bald nur noch Wölfe leben"

Sachsens CDU-Medienminister [Oliver Schenk](#) spricht über den steigenden Rundfunkbeitrag, Publikumsbelehrung bei ARD und ZDF und Schwächen im Programm.

[Oliver Schenk](#) hat Dresdener Eierschecke für alle mitgebracht zum Gespräch in seinem Büro in der [Sächsischen Staatskanzlei](#), die Teller ziert dezent das Landeswappen. Im kommenden Jahr stehen Landtagswahlen bevor und schwierige Verhandlungen über den Rundfunkbeitrag. Schenk ist Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien und Chef der Staatskanzlei von CDU-Ministerpräsident [Michael Kretschmer](#). Zur Zukunft von ARD und ZDF hat er ein paar überraschend pragmatische Vorschläge.

SZ: Herr Schenk, wenn es um Reformen für ARD und ZDF geht, treten Sie als Stimme der Union im Doppelpack mit Heike Raab von der SPD auf, der Vorsitzenden der Rundfunkländerkommission. Wie kam das?

[Oliver Schenk](#): Ich halte es für notwendig und selbstverständlich, dass wir uns als Union zur Medienpolitik zu Wort melden. Klassische Medien stehen unter Druck und damit das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Wobei es heute bei medienpolitischen Entscheidungen gar nicht mehr so um parteipolitische Linien geht. Die Regierungen sind bunter und die Interessenslagen heterogener geworden. Nur müssen wir davon wegkommen, uns immer auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner festzulegen. Das wird uns bei den notwendigen Reformen nicht richtig voranbringen.

Sie spielen darauf an, dass Rundfunkgesetze von den Ländern bisher einstimmig verabschiedet werden müssen, was Blockaden möglich macht. Sie sind für ein Mehrheitsprinzip?

Ja, das müssen wir hinkriegen. Es geht da um Geschwindigkeit. Wir brauchen für Staatsverträge manchmal zwei, drei Jahre, wir starten groß und schleifen uns durch viele Diskussionen ab - das muss auch gar nicht schlecht sein. Aber im digitalen Zeitalter müssen wir schneller werden und da würde ein Mehrheitsprinzip helfen.

Demnächst wird die KEF, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs im Rundfunk, eine Empfehlung für den Beitrag ab 2025 geben, vermutlich eine leichte Erhöhung. Die Reformen, die den Beitrag bremsen könnten, greifen noch nicht. Dann wird Streit losbrechen.

Der von uns ins Leben gerufene Zukunftsrat wird seine Vorschläge im Januar vorlegen und wir als Rundfunkkommission arbeiten ebenfalls noch an den Themenfeldern, die wir uns in diesem Jahr vorgenommen haben. Anfang 2024 kann man diese Vorschläge zusammenführen.

Kommt das noch rechtzeitig?

Es gibt tatsächlich ein Zeitproblem. Wir haben Länderchefs, die eine Beitragserhöhung ablehnen. Deshalb muss man schauen, wie man die Reformen und den neuen Beitrag unter einen Hut bekommt. Wir

brauchen eine Bewertung, was die Reformvorschläge in Euro und Cent bringen. Die KEF kann das berechnen, aber braucht dafür Zeit. Und dann laufen wir noch in die Landtagswahlen nächstes Jahr hinein.

Die Landtage müssen dem neuen Beitrag zustimmen - und in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wird im September gewählt. Der Beitrag würde also Wahlkampfthema.

In Sachsen zum Beispiel beginnt die Sommerpause Mitte Juni. Selbst bei größtem Tempo - es wäre auch eine Überforderung eines Parlaments, so eine zentrale Frage in der letzten Sitzung einer Legislaturperiode zu entscheiden. Und die Regierungsbildung wird auch nicht so schnell abgeschlossen sein. Aus meiner Sicht ist es nahezu ausgeschlossen, dass wir im Laufe des nächsten Jahres zu einem verabschiedeten Staatsvertrag kommen werden.

Dann ist der gesetzliche Zeitplan nicht zu halten?

Objektiv wird man das kaum hinbekommen. Wichtig ist aber, was am Ende rauskommt. Deswegen muss man sehen, ob man mit den Reformschritten, die jetzt diskutiert werden, in Richtung Beitragsstabilität kommt. Da ist die Verzögerung vielleicht eine Chance. Einen Staatsvertrag inklusive der eingepreisten Reformen könnten wir im März, April 2025 rechtskräftig haben.

Einige Länder würden alles außer einer Nullrunde blockieren, aber das ist die politische Perspektive.

Sie tun so, als ob das Politische hier kein gutes Argument ist. Es geht aber am Ende um die Akzeptanz für die Öffentlich-Rechtlichen und um die Frage, was möglich ist. Aus meiner Sicht haben wir mit der KEF ein Verfahren, an dem ich nicht zweifle. Aber wenn der Beitrag, den sie ermittelt hat, politisch nicht durchsetzbar ist, dann brauchen wir eine Änderung oder Reformmaßnahmen, die zu Einsparungen führen.

Dann wäre das Ziel Beitragsstabilität im Frühjahr 2025 dank Reformen?

Die Frage ist, was "stabil" bedeutet - nominell oder inflationsbereinigt. In Zeiten so hoher Inflation ist es nachvollziehbar, dass die Kosten auch im Rundfunk steigen. Ich sehe aber, dass Kolleginnen und Kollegen in einigen Ländern nicht bereit sind, über einen Beitrag höher als 18,36 Euro zu diskutieren. Und am Ende ist es auch für die Anstalten ein Pyrrhus-Sieg, wenn sie schon wieder zum Bundesverfassungsgericht ziehen müssen, um eine Beitragserhöhung durchzusetzen. Ich hätte mir gewünscht, die Sender wären reformfreudiger gewesen. Sie wussten ziemlich genau, was los ist. Wir haben als Politik darauf vertraut, dass diese Signale erkannt werden. Aber es kam nicht das von den Anstalten, was wir erwartet hatten.

Was ist daran falsch, wenn der Rundfunk eine Finanzierung einklagt, die ihm verfassungsmäßig zusteht und die er ja regelmäßig durch das Gericht zugesprochen bekommt?

Das stimmt, aber die Frage ist doch, wie effizient setze ich den

gesetzlichen Auftrag um? Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in Deutschland in den Fünfzigerjahren organisiert worden. Wenn man böse ist, kann man sagen: Seither hat sich nicht viel geändert in der Struktur. Jetzt ist es an der Zeit, gerade mit Blick auf die ARD zu schauen, wie nutze ich die Vorteile eines digitalisierten föderalen Systems zur Organisation eines so großen Unternehmens.

Darüber wird seit Jahren gesprochen.

Man merkt Bemühungen bei den Intendanten, aber sie halten sich in Grenzen. Deshalb müssen jetzt wir Länder diese Dinge diskutieren. Da gehört für mich die Frage dazu, wie die ARD organisiert ist, da gehört das Zusammenspiel von ARD, ZDF und Deutschlandradio auf die Tagesordnung - und natürlich brauchen sie alle eine gemeinsame technische Plattform. Mir leuchtet nicht ein, warum wir in der ARD neun Anstalten haben, die in ihren Backoffice-Strukturen alle das Gleiche machen. Personal, Reisekosten, Versicherungen, Rechtsabteilungen, da muss es doch möglich sein, dass man dafür eine Zentrale schafft, in der diese Fragen gebündelt und durchgesetzt werden. Es kommt doch auf die Präsenz der Öffentlich-Rechtlichen an. Wo wir so herausgefordert sind mit unserem demokratischen System, da brauchen wir gute Berichterstattung über die Dinge, die in den Regionen unseres Landes passieren. Wir sehen, dass Lokalsender und die Lokalzeitungen verschwinden, alle sind unter Druck.

Kommt das Land dafür mit weniger ARD-Anstalten aus?

Das ist unrealistisch.

Brauchen wir ARD und ZDF?

Eine gewisse Art von Wettbewerb ist sinnvoll. Aber man kann natürlich Dinge zusammen machen.

Die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schwindet. Was hilft dagegen?

Das Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen ist immer noch groß, aber

es ist zurückgegangen. Ich habe den Eindruck, dass die Debatten um den Beitrag ihre eigentliche Ursache im Inhaltlichen haben.

In schlechtem Programm?

Die Leute nehmen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk oft als belehrend wahr. Sie hören einen Kommentar oder einen Beitrag - und sie hören dabei heraus, welche Haltung von ihnen erwartet wird. Das ärgert die Leute, und dann sagen sie: Und dafür zahle ich jeden Monat. Das andere ist, dass sie ihre Lebenswirklichkeit nicht abgebildet sehen.

Ein Grund dafür, dass im Osten Deutschlands der Rückhalt geringer ist?

Wenn ich mir die Berichterstattung ansehe, denke ich manchmal: Der Osten ist doch kein Notstandsgebiet, in dem bald nur noch Wölfe leben. Es ist aber gar nicht schwer, das zu verändern. Und das geschieht wahrscheinlich auch, weil wir in der Politik so gedrängt haben. Es war zum Beispiel eine gute Entscheidung, dass das Mittagmagazin nach Leipzig kommt. Ein Journalist, der dort lebt, bringt die Lebenswirklichkeit in der Berichterstattung anders zur Geltung. Oder im Fernsehfilm. Der Osten hat spannende Drehorte - Görlitz und das Erzgebirge sind als Drehorte noch nicht auserzählt, anders vielleicht als der Wilde Kaiser.

Sie glauben, das zahlt auf die Akzeptanz ein?

Absolut. Das wird Zeit brauchen, aber das verändert auch Denkprozesse. Ich bin ein großer Befürworter der Öffentlich-Rechtlichen, wir brauchen eine gut informierte Öffentlichkeit. Und ich erlebe ja hier, wie über soziale Medien mobilisiert wird. Wenn Social Media bei uns ein Sammelbecken ist, um gegen unsere Demokratie anzuarbeiten, dann braucht es einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der muss die Nadel sein, die Filterblasen zum Platzen bringt.

Caspar Busse, Claudia Tieschky, SZ, avob